bnr.de
blick nach rechts

23. Jahrgang | 15 | 21. Juli 2006

Rechte Szene 2

„Ein Herz für Deutschland“
Die NPD ist von ihrer rassistischen Hetze gegen dunkelhäutige Fußballspieler mit fliegenden Fahnen auf schwarz-rot-gold umgeschwenkt und will jetzt die „Begeisterungswelle“ nutzen.

Schlagkräftige Truppe
Erhebliches Vorstrafenregister beim Thüringer NPD-Landesvorstand.

Stimme aus dem Knast
Inhaftierter Holocaust-Leugner kann auf die Unterstützung seiner Gesinnungsfreunde zählen.

Ausland 5

Wieder im Amt
Neue alte Spitze bei der National Alliance.

„Gesicht des Nationalismus“
Rumoren in der bulgarischen Rechtspartei Ataka.

Seitenblick 6

„Normaler Himmelfahrteinsatz“
Wenig Eifer bei Polizei und Verfassungsschutz in Sachsen-Anhalt.

„Dekoration der Barbarei“
Die Schweriner Ausstellung für Arno Breker ruft Kritiker und Befürworter auf den Plan.

Grauzone 8

Verwischte Grenzen
An dem Buchprojekt „Was passiert wenn der Crash kommt?“ wirken neben Unternehmern und Politikern auch Autoren vom äußersten rechten Rand des politischen Spektrums mit.

Blick in die Zeitgeschichte 9

Willfährige Unterstützer
Die britische Armee verhinderte die von den Nazis geplante „Endlösung“ in Palästina.

Rezension 10

Den Hebel finden
Interventionen gegen rechte Jugendcliquen müssen bereits an deren Vorformen ansetzen.

Meldungen 11

Rechte Szene

„Ein Herz für Deutschland“

Die NPD ist von ihrer rassistischen Hetze gegen dunkelhäutige Fußballspieler mit fliegenden Fahnen auf schwarz-rot-gold umgeschwenkt und will jetzt die „Begeisterungswelle“ nutzen.

NPD-Parteichef Udo Voigt sieht die Berliner Politiker in der Defensive: „Die vaterlandslosen BRD-Politiker erlebten in den letzten Wochen Unglaubliches“, konstatiert er. Deutschlandfahnen allüberall, die Hymne wurde auf den Straßen gesungen, mit schwarz-rot-goldenen Fähnchen dekorierten Konditoren ihre Torten. Wieder einmal sei das „lebensrichtige Menschenbild der NPD bestätigt“ worden. Voigt zeigt sich in Siegerpose – und vergisst dabei zu erwähnen, dass sich wohl niemand im Vorfeld der Fußball-Weltmeisterschaft so sehr verkalkuliert hat wie er selbst und sein Parteivorstand.

Die NPD hatte die WM nutzen wollen: Nationale und internationale Aufmerksamkeit für öffentliche Aktionen erhoffte sie sich; die provokative Wirkung von Demonstrationen während der WM wollte sie dafür nutzen; mit der Kampagne für das iranische Team und den Präsidenten des Iran durch die Hintertür einem Holocaust-Leugner die Ehre erweisen; schließlich mit der Hetze gegen schwarze Akteure der deutschen Mannschaft rassistische Impulse aktivieren. Und dann das: Ovationen bei den Sturmläufen von David Odonkor; niemand interessierte sich für Ahmed Ahmadinedschad; statt dessen wurde die „Multikulti-Truppe“ von Jürgen Klinsmann gefeiert, in deren Offensivabteilung neben Odonkor zwei gebürtige Polen, ein Ghanaer und ein gebürtiger Schweizer stürmten. Die NPD geriet ganz ohne Fernsehbeweis ins Abseits. „Die WM taugt nicht zur Kulisse für Spektakel von Rassisten“, befand der Berliner „Tagesspiegel“. Und Reinhard Mohr meinte im „Spiegel“, die WM-Party gefalle Rechtsextremen „so wenig wie Vampiren in der Gruft das Sonnenlicht des Tages“.

Die deutsche Fußball-Nationalmannschaft hatte gerade die WM-Vorrunde mit drei Siegen in drei Spielen abgeschlossen, da legte die NPD den Schalter um. Auf ihrer Homepage, auf der sie bis dahin ihre WM-Planer mit Hetze gegen schwarze Nationalspieler beworben hatte, lachte den Besuchern nun plötzlich ein schwarz-rot-goldenes Herz entgegen. Während der WM seien „wir Deutschen unter diesen Farben wieder zu einer Gemeinschaft zusammengewachsen“, jubilierte die Partei. „Nun endlich können sich auch die Deutschen unverkrampft zu ihrem verleumdeten Vaterland bekennen.“ Von einem Tag auf den anderen wollte die NPD von ihrer Kampagne gegen „Korruption, Multikulti und Geldhascherei“ im deutschen Sport nichts mehr wissen. Statt dessen galt es, auf der neuen Woge der Euphorie mitschwimmen zu können. Und das unter schwarz-rot-gold, wo doch schwarz-weiß-rot in den letzten Jahren die Farben der NPD geworden waren. Auf der Berliner Fanmeile ließ sie ihren „Ein Herz für Deutschland“-Aufkleber verteilen. Und als sich die WM dem Ende näherte, erklärte NPD-Pressesprecher Klaus Beier: „Zeigen wir auch nach der WM, dass wir ein Herz für Deutschland haben – damit dem ‘Deutschland, Deutschland überall’ ein ‘Deutschland, Deutschland über alles’ folgt.“

„Die neuen Betätigungsmöglichkeiten erkennen“

Doch zunächst muss dem eigenen Fußvolk der Farbenwechsel erklärt werden. Parteichef Voigt übernahm das persönlich: „Um einen fruchtlosen Streit darüber, welches die ‘deutscheren’ Farben sind, zu vermeiden, beschloss die NPD Ende der 60er Jahre, beide Farben in der Parteifahne zu zeigen“, erinnerte er. Und vergaß nicht zu erwähnen, dass es in der Revolution von 1848/49 die Vertreter von Schwarz-Rot-Gold gewesen seien, „welche eine Einigung als großdeutsche Lösung unter dem Einschluss von Deutsch-Österreich forderten“.

Allein gelassen worden war die NPD auch von ihrem Bündnispartner DVU. „Wer gegen dunkelhäutige Mitglieder der deutschen Nationalmannschaft agitiert, ist aus meiner Sicht auf dem völlig falschen Dampfer“, ließ DVU-Chef Gerhard Frey am 23. Juni per „National-Zeitung“ wissen – in einem Artikel, der mit „Wer hat Angst vor David Odonkor? Warum deutsche Staatsbürger (halb)afrikanischer Herkunft in unserer WM-Auswahl zuallerletzt als Feindbild taugen“ überschrieben war.

Was die NPD aus den Erfahrungen während der Weltmeisterschaft zu lernen hat, formulierte ihr

Pressesprecher Klaus Beier vier Tage nach dem Ende des Turniers ganz vorsichtig in Form von zehn „Thesen“. Die Begeisterungswelle bewirke eine nachhaltige Belebung des Nationalbewusstseins, wenn auch oft nur in Form eines „unterirdisch wirkenden Normalisierungspatriotismus“, wie er den Partei-Vordenker Jürgen Gansel zitierte. Diese Begeisterungswelle werde zwar in naher Zukunft nicht mehr so unübersehbar sein wie während der WM, sie habe aber dennoch einen lang andauernden Nachhall. „Eine klug handelnde, von der Wirklichkeit ausgehende nationale Bewegung muss die neuen Betätigungsmöglichkeiten erkennen, die sich als Folge der Begeisterungswelle ergeben“, meint Beier und wird dann etwas konkreter: „In Fragen der Öffentlichkeitsarbeit (Flugblätter, Zeitungen, Aufkleber, Internet, Demonstrationen) sollte man den jetzt viel besser erreichbaren anpolitisierten Kreisen bewusst entgegenkommen. Dies insbesondere dadurch, dass man sie nicht gleich wieder durch überzogen harte Posen und Maximalforderungen, verbissen-provokativen Fundamentalismus oder bestimmte historische Sonderthemen unnötigerweise überfordert und verjagt.“ Schmecken wird ein solches Rezept sicherlich nicht allen Parteikameraden.

Während der NPD-orientierte Teil der extremen Rechten späten Gefallen an der WM fand und selbst Ernst Zündel aus seiner Zelle heraus über „eine tektonische Verlagerung in der deutschen Seele“ raunte – die Hardcore-Nazifraktion mochte da nicht mitmachen. „Das war nicht Deutschland, das war kein Nationalismus, das war BRD und staatskonformer Patriotismus und daher für jeden, der eine wirkliche Veränderung anstrebt, nur abzulehnen“, beharrte beispielsweise der Kölner Axel Reitz auf seiner Meinung. „Unrealistisch und kontraproduktiv“ sei der „Wunschtraum, dass sich dieser Hurrapatriotismus in wirkliche Vaterlandsliebe umwandelt“, war auf der Homepage des neuen Dortmunder Neonazi-Versandhandels Resistore nachzulesen. „Gerade für die, die täglich für Deutschland auf die Straße gehen, ist dieser übereifrige Deutschlandhype ein Schlag ins Gesicht.“ Die Resistore-Betreiber hatten quasi eine Prämie für den Rausschmiss des deutschen Teams aus dem Turnier ausgesetzt: Für die ersten zehn Bestellungen nach dem Turnieraus gab es zehn Prozent Rabatt auf die Bestellsumme.

Tomas Sager

Schlagkräftige Truppe

Erhebliches Vorstrafenregister beim Thüringer NPD-Landesvorstand.

Frank Schwerdt (Jg. 1944), unter anderem wegen Volksverhetzung vorbestraft und knasterfahren, wurde auf dem Landesparteitag der thüringischen NPD in seinem Amt als NPD-Landesvorsitzender bestätigt. 70 Delegierte hatten sich am 1. Juli zum Landesparteitag in Ammelstädt bei Rudolstadt eingefunden. Verabschiedet wurde von den Delegierten eine so genannte „Botschaft von Ammelstädt“. Darin verkünden die NPDler, „Thüringen politisch wieder zu erobern“. Vor 1933 war Thüringen das erste Land, das nationalsozialistisch wurde. 42,5 Prozent erzielten die Nationalsozialisten bei der Landtagswahl 1932 in Thüringen. Bald darauf wurde das erste deutsche Konzentrationslager in Nohra bei Weimar eröffnet.

Schwerdts Stellvertreter wurde erneut Ralf Wohlleben, NPD-Kreisvorsitzender in Jena, vorbestraft wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. In den Landesvorstand wurden auch Thorsten Heise und Patrick Wieschke gewählt. Heise, einst Spitzenfunktionär der FAP, ist unter anderem vorbestraft wegen Vergehen gegen das Waffengesetz, Versammlungsgesetz und wegen gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit mit Nötigung. Wieschke, stellvertretender Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Eisenach, wurde verurteilt wegen Anstiftung zur Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion und Körperverletzung. Weiterhin gehören dem NPD-Landesvorstand neben anderen Martin Rühlemann und Sebastian Reiche, an. Rühlemann, Vorsitzender des Kreisverbandes Weimar-Weimarer-Land, charakterisiert der Verfassungssschutz als „Wortführer“ der „Braunen Aktionsfront Thüringen, Sektion Weimar“. Reiche, Kreisvorsitzender in Gotha, gilt als einer der Hauptakteure des „Nationalen Widerstandes Thüringen“.

Gäste auf dem Landesparteitag waren Stefan Köster, NPD-Landeschef in Mecklenburg-Vorpommern und Schwerdts Nachfolger im Amt des NPD-Bundesgeschäfsführers, sowie der Bundesvorsitzende Udo Voigt, der zu den Delegierten sprach.

A M.

Stimme aus dem Knast

Inhaftierter Holocaust-Leugner kann auf die Unterstützung seiner Gesinnungsfreunde zählen.

Der in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart Stammheim einsitzende Holocaust-Leugner Germar Rudolf betreibt aus dem Gefängnis heraus politische Agitation. In der „Preußischen Allgemeinen Zeitung“ schwadroniert Rudolf über die Opferzahlen im Konzentrationslager Majdanek. „Rechtlich riskant“, so das ehemalige Mitglied von Junger Union und später der Republikaner, sei „das Zitieren neuerer, niedrigerer Opferzahlen, wenn man damit die Aussage verknüpft, überhöhte Opferzahlen seien aus politischen oder finanziellen Erwägungen erfolgt“. In der „Deutschen Stimme“ der NPD behauptet Rudolf, dass die „steigende Intensität der Verfolgung von Geschichtsdissidenten beweist, dass die Politik immer mehr darauf angewiesen ist, den Nationalsozialismus als leibhaftigen Teufel darzustellen.“ Der Extremismusbeauftragte der baden-württembergischen SPD-Landtagsfraktion, Stephan Braun forderte den Landesjustizminister Ulrich Goll (FDP) kürzlich auf, der publizistischen Tätigkeit Rudolfs aus der Haftanstalt Einhalt zu gebieten. Goll sicherte Braun in einer schriftlichen Stellungnahme zu, dass der Schriftwechsel des Gefangenen „gerade auch im Hinblick auf strafbare Inhalte geprüft wird.“

1995 wurde Rudolf vom Landgericht Stuttgart zu einer 14-monatigen Haftstrafe wegen Volksverhetzung in Tateinheit mit Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener, Beleidigung und Aufstachelung zum Rassenhass verurteilt. In seinem ab Ende 1991 in verschiedenen Ausgaben verbreiteten „Gutachten über die Bildung und Nachweisbarkeit von Zyanidverbindungen in den ‘Gaskammern’ von Auschwitz“ (kurz: „Rudolf-Gutachten“) hatte Rudolf das Fazit gezogen: „Aus chemisch-physikalischen Gründen können die bezeugten Massenvergasungen mit Blausäure in den angeblichen ‘Gaskammern’ in Auschwitz nicht stattgefunden haben.“ Erstellt wurde das „Gutachten“ im Auftrag des Düsseldorfer Rechtsanwalts Hajo Herrmann (Jg. 1913) zur Unterstützung der strafprozessualen Verteidigung des Altnazis Otto-Ernst Remer. Nach der Veröffentlichung seines „Gutachtens“ publizierte Rudolf bei der revisionistischen Verlagsgemeinschaft Grabert/Hohenrain unter dem Pseudonym „Ernst Gauss“ das Buch „Vorlesungen über Zeitgeschichte. Strittige Fragen im Kreuzverhör" (1993). Im Jahr darauf erschien bei Grabert/Hohenrain das von „Gauss“ herausgegebene voluminöse Machwerk „Grundlagen zur Zeitgeschichte. Ein Handbuch über strittige Fragen des 20. Jahrhundert“.

Im April 1996 entzog sich Rudolf der Strafverbüßung durch Flucht über Spanien nach England, hielt sich später in Mexiko und zuletzt in den USA auf. Angaben des baden-württembergischen Verfassungsschutzes zufolge wurde Rudolf nach seiner Flucht zu „einem der einflussreichsten deutschen Holocaust-Leugner und einer zentralen Figur der internationalen Geschichtsrevisionistenszene“. Er gründete die revisionistischen Verlage Castle Hill Publishers (GB) und Theses and Dissertations Press (USA), rief die „Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung“ (VffG) sowie die englischsprachige Zeitschrift „The Revisionist“ ins Leben und übernahm die Homepage der belgischen „Vrij Historisch Onderzoek“(VHO). Auf Beschluss des Amtsgerichts Mannheim vom 18. August 2004 wurde das Geschäftskonto Rudolfs bei der Volksbank Heidenheim gepfändet. Nach Feststellungen der Ermittlungsbehörden gingen auf dem Konto vom 27. Dezember 2000 bis 20. Juli 2004 Zahlungen in Höhe von 380 000 Euro ein. Am 19. Oktober 2005 wurde Rudolf im Büro der Einwanderungsbehörde in Chicago verhaftet und am 14. November nach Deutschland abgeschoben. Seit seiner Überstellung wird Rudolf auf der „Gefangenenliste“ der braunen Knasthilfeorganisation HNG geführt. Im Herbst muss sich Rudolf wegen Volksverhetzung vor dem Landgericht Mannheim verantworten.

Zugunsten Rudolfs hat der bekennende „National-Anarchist“ Peter Töpfer, einst Mitherausgeber des rechtsextremen Periodikums „Sleipnir“, eine Solidaritätsaktion „Musik in die Zelle“ gestartet. Der Inhaftierte soll von außerhalb der Knastmauern mit Musik-CDs seiner Wahl beschenkt werden. Eine ähnliche Aktion läuft auf der Homepage www.germarrudolf.com. Dort wird dazu aufgerufen, neben CDs Rudolf auch mit der Zusendung von Büchern zu unterstützen. Auf Rudolfs Wunschliste steht unter anderem das von Gerhard Frey herausgegebene Machwerk „Die Erpressung. Wie deutsche Milliarden über den Jordan gehen“.

Anton Maegerle

Ausland

Wieder im Amt

Neue alte Spitze bei der National Alliance.

Nach einem turbulenten Jahr im Amt ist Shaun A. Walker als Vorsitzender der US-amerikanischen Neonazi-Organisation National Alliance (NA) zurückgetreten. Wie es in einer im Internet veröffentlichten Erklärung heißt, seien berufliche Gründe ausschlaggebend für den Schritt gewesen. Eine große Rolle dürfte allerdings die Verhaftung des 38-jährigen Ex-Marines Anfang Juni spielen. Walker wurde nach Utah überstellt, wo mit Travis Massey und Eric Egbert zeitgleich zwei weitere NA-Aktivisten festgenommen worden waren. Gegen alle drei ist Anklage wegen versuchter Missachtung der Bürgerrechte erhoben worden. Sie sollen zwischen Dezember 2002 und März 2003 in Salt Lake City Aktionen zur massiven Einschüchterung und Provokation nicht-weißer Personen geplant haben. Hinzu kommen Angriffe auf einen mexikanisch- sowie einen indianischstämmigen Amerikaner in zwei Bars. Walker wurde mittlerweile aus der Untersuchungshaft entlassen. Der Prozess ist für August angesetzt.

Die Geschäfte der „White Supremacy"-Gruppe aus West Virginia, inklusive des wöchentlichen Radioprogramms „American Dissident Voices", hat vorerst Walkers Vorgänger Erich Gliebe übernommen, der gleichzeitig auch Manager des hauseigenen Musikvertriebes Resistance Records ist. Gliebe war im April letzten Jahres unter dem Druck heftiger Kritik der Basis zu Gunsten seines langjährigen Weggefährten zurückgetreten. Zuvor hatte sich das Duo Gliebe/Walker einen Machtkampf mit der internen Opposition geliefert, der Mitte 2005 zur Spaltung und der Gründung der neuen Organisation National Vanguard um den ehemaligen NA-Mediendirektor Kevin Strom und April Gaede, Mutter der „Prussian Blue"-Zwillinge, führte.

Seit dem Tod ihres Gründers William Pierce 2002 ist die ehemals mit über 1 400 Mitgliedern, 17 Festangestellten und einem geschätzten Jahresumsatz von knapp einer Million Dollar größte rechtsextreme Bewegung der USA auf knapp 200 Mitglieder zusammengeschrumpft.

Michael Funk

„Gesicht des Nationalismus"

Rumoren in der bulgarischen Rechtspartei Ataka.

Ein gutes Jahr nach ihrem Erfolg bei den Parlamentswahlen in Bulgarien wird die Luft für die ultra-nationalistische Partei Ataka (Attacke) dünner. Gegen den Vorsitzenden Wolen Siderow laufen Ermittlungen wegen Anstiftung zu falschen Zeugenaussagen. Die Vorwürfe gehen auf einen Autounfall Anfang April zurück, bei dem der Fahrer des Rechtspopulisten gewalttätig gegenüber dem Unfallgegner geworden war. Der für seine Verschwörungstheorien bekannte Siderow behauptet, der vorgebliche Unfall sei ein Mordanschlag auf seine Person gewesen und versuchte, die späteren Geschehnisse zu vertuschen. Das Parlament hat die Immunität des 49-Jährigen jetzt aufgehoben.

Der Skandal lässt die interne Kritik am diktatorischen Führungsstil Siderows, der sich selbst gern als das „Gesicht des bulgarischen Nationalismus" bezeichnet, lauter werden. Sieben der ursprünglich 21 Abgeordneten haben Ataka in den letzten Monaten den Rücken gekehrt. Im Juni 2005 war die neu gegründete Partei mit rechtsradikalen Parolen zur viertstärksten Kraft im bulgarischen Parlament avanciert (8,14 Prozent). Geschickt hatte Siderow als Zugpferd der Protestbewegung die Unzufriedenheit der postkommunistischen Gesellschaft ausgenutzt, gegen das korrupte politische Establishment gewettert und fremdenfeindliche Ressentiments geschürt. Bulgarien, so die simple Moral, müsse wieder den Bulgaren gehören. Im März nahmen mehr als 50 000 Menschen an einer Kundgebung von Ataka zum Nationalfeiertag in Sofia teil.

Das Ataka-Wahlprogramm sieht die Revision der Privatisierung, Ablehnung der EU-Mitgliedschaft, Abschiebung aller Nicht-Bulgaren und die Errichtung von Arbeitslagern für verurteilte Roma vor, die dort „zum Nutzen der Gesellschaft arbeiten werden". Die extreme Partei ist auch Sammelbecken für Neonazis, Rassisten und Antisemiten. Siderow selbst ist ein überzeugter Holocaust-Leugner. Auf der Ataka-Website fand sich einige Zeit lang sogar eine Namensliste bekannter bulgarischer Juden, kommentiert mit Diffamierungen wie „Lepra" oder „Pest".

Michael Funk

Seitenblick

„Normaler Himmelfahrteinsatz“

Wenig Eifer bei Polizei und Verfassungsschutz in Sachsen-Anhalt.

Die rechtsextreme Bücherverbrennung eines Exemplars des „Tagebuchs der Anne Frank“ in Pretzien im Landkreis Schönebeck hätte schon im Vorfeld unterbunden werden können – wenn Polizei und Verfassungsschutz auf einen Vorfall Wochen zuvor sachgerecht reagiert hätten.

Angehörige des zwischenzeitlich aufgelösten „Heimat Bund Ostelbien e.V.“, der Ausrichter der Sonnenwendfeier in Pretzien war, waren bereits rund vier Wochen zuvor mit rechtsextremen Störungen und Provokationen bei einer Himmelfahrtfeier im benachbarten Plötzky aufgefallen, die allerdings erst jetzt bekannt geworden sind.

Zu der Himmelfahrtfeier im „Ferienpark Plötzky“ hatten die Betreiber des Campingplatzes, Astrid und Wolfgang Schulle, Stammgäste aus dem gesamten Bundesgebiet und auch aus dem Ausland eingeladen. Bis 16.00 Uhr, so erinnern sie sich, sei es eine fröhliche und unbeschwerte Feier gewesen. Ab diesem Zeitpunkt aber sind rund zehn Mitglieder des „Heimat Bund Ostelbien“ zu der Feier gestoßen – teilweise bereits alkoholisiert und uniform in Hemden mit dem Fraktur-Aufdruck „Wehrmacht Pretzien“ gekleidet. Die jungen Männer brüllten während des Festes über Stunden hinweg Parolen wie „Sieg Heil!“, „Heil Hitler!“, „Juden raus!“, „Holocaust zurück!“ und verherrlichten die SS und die SA. Gegen 18.00 Uhr wurde die Polizei verständigt, nachdem ein Mann begonnen hatte, die Einfahrtschranke zum Campingplatz zu demolieren. Kurze Zeit später waren drei Einsatzfahrzeuge der Polizei mit 20 Beamten eingetroffen. Die Polizisten beschränkten sich nahezu ausschließlich darauf, Jagd auf den Randalierer zu machen und nach dessen vorläufiger Festnahme das Gelände wieder zu verlassen. Lediglich ein Mitglied des „Heimat Bund Ostelbien“ nahmen sie ebenfalls mit, nachdem sich der junge Mann ihnen mit dem Hitlergruß entgegen gestellt hatte.

„Die anderen Neonazis aus Pretzien konnten ungehindert durch die Polizei weiter machen“, erinnert sich Astrid Schulle. „Ich habe die sogar angeschrien, ob die nicht hören, was da auf unserem Platz gerufen wird und ob sie nicht einschreiten wollen, aber die sind einfach wieder abgefahren.“

Erst Mitte Juli bestätigte die Polizei auf Medienanfragen den Vorfall. Aus ihrer Sicht, so heißt es später, habe es sich um einen „ganz normalen Himmelfahrteinsatz“ mit einer Anzeige wegen Sachbeschädigung gehandelt. Das sieht Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Hövelmann (SPD), jedoch nicht so einfach. Sein Ministerium hat nach Bekanntwerden der Vorwürfe Anzeige gegen Unbekannt wegen des Verdachts der Volksverhetzung erstattet und ermittelt – auch gegen die Polizei. Möglicherweise hätten einzelne Beamten ihre Pflichten vernachlässigt. Hövelmann selbst erhielt nach eigenen Angaben erst durch die Medien Kenntnis von dem Vorfall in Plötzky.

Die Präsidentin der Polizeidirektion Magdeburg-Schönebeck, Monika Liebau-Foß, hat eingeräumt, dass ihre Beamten die Dimension der Buchverbrennung in Pretzien möglicherweise nicht erkannt haben. Sowohl einem der beiden Polizisten, die an den Tatort gefahren waren, als auch dem Einsatzleiter seien der Buchtitel „Das Tagebuch der Anne Frank“ nicht bekannt gewesen. Deshalb sei die Angelegenheit lediglich als Verfahren wegen Ruhestörung behandelt worden. Erst drei Tage nach der Buchverbrennung habe die Polizei Ermittlungen wegen Volksverhetzung eingeleitet.

Unterdessen berichtet der „Spiegel“, dass sich auch der Verfassungsschutz von Sachsen-Anhalt mit seiner Tätigkeit im Landkreis Schönebeck nicht mit Ruhm bekleckert hat. Die polizeilichen Ermittlungen wegen Volksverhetzung im Zusammenhang mit den Provokationen in Plötzky haben trotz aller Pannen bei der Polizei am 27. Mai begonnen. Der Bürgermeister und der Gemeinderat von Pretzien hingegen wussten von all dem nichts. Sie standen der Sonnenwendfeier des „Heimat Bund Ostelbien“ eher positiv gegenüber. Auch wenn ihnen bekannt war, dass dieser Verein, der sich der Brauchtums- und Traditionspflege sowie der Organisation von Freizeit- und Ferienveranstaltungen für Kinder und Jugendliche verschrieben hatte, aus der rechtsextremen Skinhead-Vereinigung „Kameradschaft Ostelbien“ hervorgegangen war.

Eberhard Löblich

„Dekoration der Barbarei“

Die Schweriner Ausstellung für Arno Breker ruft Kritiker und Befürworter auf den Plan.

In Schwerin wird vom 22. Juli an bis zum 22. Oktober im Schleswig-Holstein-Haus die erste allein Arno Breker (1900 – 1991) gewidmete Ausstellung seit 1945 zu sehen sein. Befürworter und Gegner haben sich zu Wort gemeldet. Besonders rechtsgerichtete Kreise jubeln. Das erstaunt nicht, denn auch nach Ende des Dritten Reiches wurde Adolf Hitlers Lieblingsbildhauer in rechtsextremen Schriften immer wieder gehuldigt.

Egal ob „Junge Freiheit“, die Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft, Verlag und Agentur Werner Symanek, die „National-Zeitung“, Nation&Europa“ oder das Thule-Seminar, um nur einige zu nennen: Überall beschäftigte man sich glorifizierend mit dem auch international bekannten Künstler. Jetzt heißt es im in Stralsund beheimateten „Störtebeker Netz“ dazu: „Zu den verfemtesten deutschen Künstlern der Neuzeit gehört wohl in jedem Fall der Bildhauer Arno Breker, dem das politisch überkorrekte Deutschland von heute in der Regel noch immer nicht verzeihen kann ... dass er während des Dritten Reiches loyal zu seinem Volke und dessen legitimer Regierung zur Seite stand.“ Die NPD Unna/Hamm stellt fest: „Man kann die Schweriner nur um diese Ausstellung beneiden.“ Auch der Freie Nationalist Thomas Brehl bricht im Internet eine Lanze für Breker. Viele Neonazis kündigten ihren Ausstellungsbesuch an.

70 Beispiele von Brekers Schaffen – Plastiken und Reliefs – sollen gezeigt werden, ergänzt durch Zeichnungen, Fotos und Dokumente. Dazu ist ein kommentierender Katalog erschienen. Ferner sind Film- und Diskussionsveranstaltungen geplant, die der Aufarbeitung dienen sollen. Über Sicherheitskriterien wollte Schwerins Kulturdezernent Hermann Junghans (CDU) keine Details mitteilen. Er betonte nur: „Wir sind vorbereitet.“ Die Kosten der Exposition belaufen sich auf 55 000 Euro, 18 000 davon stellt das Kultusministerium bereit, eine weitere große Summe kommt von der Sparkasse Schwerin. Die Eröffnungsansprache wird vom parteilosen Bildungsminister Mecklenburg-Vorpommerns, Hans-Robert Metelmann, gehalten.

Wird mit der Breker-Ausstellung ein Tabubruch begangen? Bei der Aufregung wird vergessen, dass es über Breker seit 1985 – also noch zu dessen Lebzeiten – ein Privatmuseum in Nörvenich bei Köln gibt. Dort betont man, Breker sei im Dritten Reich vereinnahmt worden, habe sich unter der NS-Herrschaft für bedrohte Künstler eingesetzt und jüdischen Freunden geholfen. Genannt werden Pablo Picasso und der Verleger Peter Suhrkamp. Für eine öffentliche Auseinandersetzung plädiert der Literatur-Nobelpreisträger Günter Grass: „Breker hat sich von den Nationalsozialisten korrumpieren lassen wie viele andere Künstler und Intellektuelle auch – etwa Gottfried Benn, Wilhelm Furtwängler oder Martin Heidegger.“ Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Schweriner Landtag, Volker Schlotmann, befürwortet die Debatte um Nazi-Kunst. Die Gefahr, missbräuchlich zur Pilgerstätte von Neonazis zu werden, sei immer gegeben.

In der aktuellen Diskussion sagen andere, Breker sei vom NS-Regime „kontaminiert“ gewesen. Fakt bleibt, er trat 1937 der NSDAP bei, trug die braune Uniform oder auch den feldgrauen Mantel, zeigte sich mehrmals öffentlich mit Hitler und dessen Rüstungsminister Albert Speer. Für 27 Millionen Reichsmark erledigte er für Hitler Aufträge, und keinesfalls nur Privatbüsten, sondern auch monumentale Dekorationen öffentlicher Gebäude. Er war einer der wenigen Günstlinge des Führers, der eine Million Reichsmark im Jahr verdienen durfte. Für die teilweise über 30 Meter hohen Skulpturen mussten Zwangsarbeiter im Steinbruch das „Künstlermaterial“ herbeischaffen. Von den Alliierten wurde er bei der Entnazifizierung nur als „Mitläufer“ tituliert.

Klaus Staeck, Präsident der Berliner Akademie der Künste, hat seine geplante Ausstellung im Schleswig-Holstein-Haus in Schwerin 2007 aus Protest abgesagt. Er fürchtet eine ungerechtfertigte Aufwertung, eine „Dekoration der Barbarei“. Gerhard Schneider, Vorsitzender der Bürgerstiftung für verfemte Künste, bezeichnete die Schau als „posthumen Schlag ins Gesicht“ verfolgter Künstler. Ausstellungs-Kurator Rudolf Conrades zieht sich dagegen auf die künstlerische Seite zurück: „Die Verbrechen der Nazis bestehen darin, dass sie Menschen ermordet haben, nicht, dass sie einen bestimmten Kunstgeschmack hatten.“

Horst Freires

Grauzone

Verwischte Grenzen

An dem Buchprojekt „Was passiert wenn der Crash kommt?“ wirken neben Unternehmern und Politikern auch Autoren vom äußersten rechten Rand des politischen Spektrums mit.

Niedersachsens Finanzminister Hartmut Möllring (CDU) scheint einen fragwürdigen politischen Umgang zu pflegen. Nach Informationen des „blick nach rechts“ arbeitet der Minister, als Vorsitzender der Tarifgemeinschaft der deutschen Länder in diesem Jahr bundesweit bekannt geworden, mit Professor Eberhard Hamer aus Hannover zusammen – und zu dessen publizistischen Mitstreitern zählen auch Vertreter der extremen Rechten.

Möllring moderiert und leitet seit dem Jahr 2002 die Arbeitsgruppe 2 zum Thema „Öffentliche Finanzen“, die das Buchprojekt „Was passiert, wenn der Crash kommt?“ unterstützt. Für dieses Werk (Herausgeber: Professor Hamer) hatten etwa 40 Wissenschaftler, Unternehmer und Politiker zehn Arbeitsgruppen gebildet. In sämtlichen AGs – so auch in der von Hartmut Möllring geführten – wirkt Eberhard Hamer mit. Hamer fungiert übrigens auch als Präsident der Deutschen Mittelstandsstiftung und Wissenschaftlicher Leiter des Mittelstandsinstitutes Niedersachsen.

Nach Auffassung der Arbeitsgruppen-Mitglieder steckt die Welt bereits jetzt mitten in einer verheerenden Wirtschaftskrise. In dem Buch werden die möglichen Konsequenzen unter anderem für die Innere Sicherheit, den Staatshaushalt und die Sozialsysteme beschrieben. Drahtzieher der Weltwirtschaftskrise sei das weltweit vernetzte und zusammengewachsene Großkapital. Unter seiner Leitung habe sich die Globalisierung „zu einer neuen Weltdimension, einem Weltfinanzgeflecht, einer Weltmeinungsmacht und Weltherrschaft entwickelt“, propagiert der 73-jährige Bundesverdienstkreuzträger Hamer, der darauf verweist, dass das „internationale Spekulationskapital“ an der US-amerikanischen Ostküste sitze.

Unter den Autoren des Buches „Was passiert, wenn der Crash kommt?“ finden sich unter anderem der frühere Brigadegeneral Reinhard Uhle-Wettler und Gerd Schultze-Rhonhof. Ex-Generalmajor Schultze-Rhonhof war 1996 in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden, nachdem er das Bundesverfassungsgericht mit dem Volksgerichtshof der Nazis verglichen hatte. 2006 ließ er sich ausführlich von der rechtsextremen „National-Zeitung“ interviewen.

Reinhard Uhle-Wettler, Vorsitzender der stramm rechten Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG), publizierte 1998 eine Festschrift mit dem Titel „Wagnis Wahrheit? – Historiker in Handschellen“. Damit sollte der berühmt-berüchtigte Holocaust-Leugner David Irving geehrt werden. Der Sammelband erschien im rechtsextremen, vom Verfassungsschutz beobachteten Arndt-Verlag. Der ranghohe Ex-Militär ist auch Autor für rechtsextreme Zeitschriften wie unter anderem „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ und „Nation&Europa“.

2003 solidarisierte sich der SWG-Chef – so wie auch Eberhard Hamer – mit dem damaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann. Der wurde aufgrund einer als antisemitisch verstandenen Rede aus der Partei ausgeschlossen; Hamer war 1997 unter anderen zusammen mit Hohmann Gründer der erzkonservativen Sammlungsbewegung „Stimme der Mehrheit“.

2005 holte Eberhard Hamer für sein Buch „Wie kann der Mittelstand die Globalisierung bestehen?“ Gerhoch Reisegger mit an Bord – als einen von acht Autoren (darunter Reinhard Uhle-Wettler). Das Bundesamt für Verfassungsschutz nennt Reisegger „einen der bekanntesten Vertreter rechtsextremistischer Verschwörungstheorien“. Die Reisegger-Bücher werden in Deutschland vom revisionistischen Grabert-Verlag aus Tübingen unter die Leute gebracht.

Der selbständige Unternehmensberater aus Österreich, der für Professor Hamer zur Computertastatur greift, belässt es aber nicht beim Schreiben. Reisegger redet auch einschlägig – etwa im Januar 2002 auf einer internationalen Konferenz von Holocaust-Leugnern in Moskau oder im Herbst 2004 mit Vertretern des neonazistischen „Kampfbundes Deutscher Sozialisten“, so die Informationen des Dokumentationsarchivs des österreichisches Widerstandes in Wien.

Peter Riggers

Blick in die Zeitgeschichte

Willfährige Unterstützer

Die britische Armee verhinderte die von den Nazis geplante „Endlösung“ in Palästina.

Das „Afrikacorps“ unter Feldmarschall Erwin Rommel genießt noch immer den Ruf einer untadeligen, ritterlichen Truppe, die mit Massenmorden nichts zu tun hatte. Dieses Ansehen ist jetzt in berechtigtes Zwielicht geraten. Stichwort: Holocaust. Der Leiter der NS-Forschungsstelle in Ludwigsburg, Klaus-Michael Mallmann, und sein Mitarbeiter Martin Cüppers haben nämlich herausgefunden, dass nach dem erwarteten Sieg Rommels über das britische Expeditionscorps in Nordafrika ein SS-Mordkommando auf dem Sprung nach Palästina war.

Der Chef der SS-Einheit, der Gruppenleiter im Reichssicherheitshauptamt, SS-Standartenführer Walter Rauff, galt als Spezialist für Massenmorde in Gaswagen. Erfahrungen damit hatte er in der UdSSR und in Serbien gesammelt. Da in Palästina in kurzer Zeit keine geheimen Vernichtungslager gebaut werden konnten und alles schnell gehen sollte, war Rauff imSommer 1942 mit einigen Experten nach Athen versetzt worden, von wo aus er sofort nach Palästina hätte aufbrechen können. Rauffs Aufenthalt in Athen war bei Studien von Prozessakten entdeckt worden. Weitere Nachforschungen führten zu dem Einsatzkommando.

Der israelische Historiker Professor Israel Gutmann hatte schon in den frühen 90er Jahren herausgefunden, dass Rauff 1942 in Tunis gewesen war. Damals befand er sich unmittelbar bei der Truppe von Rommel, dem er dort unterstand. Rauff war sicher, wegen der großzügigen arabischen Unterstützung mit wenigen SS- und SD-Leuten auszukommen. Es bedurfte folglich keiner großen Truppentransporte. Nur die etwa 20 fahrbaren Gaskammern hätten mitgenommen werden müssen. Mallmann sagte dazu kürzlich der „Jüdischen Allgemeinen“: „Wir sind keine Islamwissenschaftler, aber wir können zeigen, dass es zu der Zeit in der Region einen tief verwurzelten Antisemitismus gegeben hat. Wichtig ist daneben vor allem die Erkenntnis, dass die Deutschen sich im Nahen Osten nicht anders verhalten hätten als in der Sowjetunion. An einheimischen Helfern beim Judenmord hätte es ihnen auch hier nicht gefehlt.“ Ähnliche Erfahrungen hatte auch der Chef des Auslandsgeheimdienstes, SS-Brigadeführer Walter Schellenberg, in der Region gemacht. In einem Bericht Schellenbergs aus dem Jahr 1942 heißt es unter anderem: „Die außergewöhnlich deutschfreundliche Stimmung der Araber ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, dass man hofft, dass Hitler kommen möge, um die Juden zu vertreiben.“

Der Plan für die „Endlösung“ im Nahen Osten hatte Hitler 1941 dem Großmufti von Jerusalem, Amin al Husseini, bei dessen Besuch in Berlin erläutert. Nun, da der Sieg in Afrika in größere Nähe gerückt zu sein schien, lief in Berlin alles reibungslos. Rauff wurde zuerst nach Tunis zu Rommel geschickt. Ob er dem Feldmarschall gesagt hat, worum es ging, ist vorläufig nicht sicher. Das hieße allerdings, dass Rommel gar nicht wissen wollte, warum ein so hoher SS-Führer und Gaswagenexperte nach Afrika gekommen war. Danach flog Rauff zurück nach Athen und wartete auf Rommels Sieg. Der freilich scheiterte im Juni/Juli 1942 südwestlich von Alexandria. Dort endete der Vormarsch von Rommels Panzern in Richtung Suezkanal und Palästina. Es folgte der Rückzug, besser: die Flucht vor der britischen Armee. Das bedeutete auch für Rauff das Ende seines Auftrags. Vor allem aber war es die Rettung der Juden in Palästina vor den „Endlösern“. Sie konnten aufatmen, viele meldeten sich als Freiwillige bei der britischen Armee.

Dem Mufti von Jerusalem ist nach der Befreiung nichts geschehen. Juristisch gewiss aus gutem Grund. Er hatte ja nichts getan – außer der Kollaboration mit den Nazis. Auch Walter Rauff ist nie zur Rechenschaft gezogen worden, obwohl er mit seinen Gaswagen zumindest Beihilfe zum Mord in ungezählten Fällen geleistet hat. Nach dem Scheitern im Nahen Osten wurde er SD-Chef in Norditalien. Dort blieb er auch nach der deutschen Niederlage. Er knüpfte Kontakte zum Klerus und konnte untertauchen. Nach Ernst Klees „Personenlexikon zum Dritten Reich“ setzte er sich 1949 – mit wessen Hilfe auch immer – nach Syrien ab. 1953 ging es nach Ecuador und 1958 nach Chile. Dort lebte er als Industrieller, war bis 1962 Verbindungsmann zur „Organisation Gehlen“ und wechselte dann zum Bundesnachrichtendienst. Rauff starb 1984 in Santiago.

Heiner Lichtenstein

Rezension

Den Hebel finden

Interventionen gegen rechte Jugendcliquen müssen bereits an deren Vorformen ansetzen.

Bei Stefan Borrmanns Buch zur sozialen Arbeit mit rechten Jugendlichen handelt es sich ohne Zweifel um eine fundierte Studie, hervorgegangen ist sie aus seiner Dissertation an der TU Berlin. Nachdem der erste Schreck über die Einteilung in elf wiederum kleinteilig untergliederte Kapitel überwunden ist, lässt sich die Lektüre gut an. Schon in der Einleitung setzt sich Borrmann kritisch mit vergangenen und gegenwärtigen Ansätzen sozialer Arbeit mit rechten Jugendlichen auseinander und bemängelt zu Recht, dass diese oft normativ und eben nicht wissenschaftlich begründet seien. Diesen Mangel möchte Borrmann mit seinem Beitrag zu einer konzeptionellen Weiterentwicklung sozialer Arbeit beheben helfen.

Wie es sich für eine wissenschaftliche Qualifizierungsarbeit gehört, kämpft sich der Autor unbeirrbar durch den theoretischen Bezugsrahmen seiner Studie. Dabei führt ihn das Systemtheoretische Paradigma der Disziplin und der Profession Sozialer Arbeit (SPSA) über die zehn W-Fragen der allgemeinen normativen Handlungstheorie zu wissenschaftlich begründeten Handlungsleitlinien. Es ist Borrmann hoch anzurechnen, dass er schon an dieser, für Praktiker weniger ergiebigen Stelle, um eine verständliche Darstellung in Abbildungen und Kästen bemüht ist.

Weniger trittsicher ist Borrmann, wenn es um die Definition von Rechtsextremismus und vor allem um die Definition einer „rechten" Jugendclique geht, von der dann gesprochen werden soll, wenn „die rechten Orientierungen der Jugendlichen eine identitätsstiftende Funktion für die Clique" eingenommen hat (49). Unklar bleibt hier, warum nach der Definition von Rechtsextremismus im Folgenden von „rechten Weltbildern" oder „rechten Einstellungen" die Rede ist und wie sich diese beiden Phänomene zueinander verhalten. Noch mehr irritiert es, wenn an anderer Stelle als jugendkulturell-stilistisches Merkmal einer rechten Jugendclique das Hören eindeutig rechtsextremer Bands wie „Landser" und „Kraftschlag" genannt wird. Wo eine rechte Clique aufhört und eine rechtsextreme Gruppe anfängt, wird hier und auch im Rest der Arbeit nicht hinreichend deutlich.

Zu alter Form läuft Borrmann allerdings wieder auf wenn es darum geht, zu einem interdisziplinären Erklärungsmodell zur Entstehung „rechter Cliquen" zu kommen. Eine wichtige Erkenntnis ist, dass sich die „rechten Orientierungen" grundsätzlich erst ausbilden, nachdem die Clique eine Weile bestanden hat, obwohl bestimmte Menschen- und Gesellschaftsbilder bereits vorhanden waren. Jugendliche sehen sich hier nicht selten als Verstärker von in großen Teilen der Gesellschaft vorhandenen Ressentiments. Sie sehen sich nicht als Außenseiter der Gesellschaft, sondern als ihre konsequenten Vollstrecker. Interventionen, das hebt der Autor zu Recht hervor, muss also bereits dort ansetzen, wo sich „Vorformen rechter Cliquen bilden" (176).

Und von hier an (ab Kapitel 7) sollte Stefan Borrmanns Buch zur Pflichtlektüre aller Sozialarbeiter werden. Seine Definition der sozialen Arbeit als Menschenrechtsprofession und deren ethische Basis überzeugt ebenso wie seine Auseinandersetzung mit Menschenrechten und Menschenpflichten. Hervorragend ist die übersichtliche Zusammenfassung der Handlungsleitlinien (216ff.) und deren Umsetzung in die Praxis sozialer Arbeit (227ff.) nebst entsprechenden Literaturhinweisen. Besonders dieser Teil des Buches eignet sich hervorragend zur Grundlage der Professionalisierung sozialer Arbeit mit Jugendlichen insgesamt. Borrmann weißt nach, dass guter Rat nicht immer teuer sein muss, wenn die reichlich vorhandene Forschung für die Praxis fruchtbar gemacht wird. Klar ist, dass eine rein situationsbedingte Intervention keine langfristigen Erfolge in der Bearbeitung des Problems Rechtsextremismus bei Jugendlichen bringen kann. Borrmanns Verdienst ist es, die Komplexität des Verursachungszusammenhangs aufgezeigt zu haben, die eben ein komplexes sozialräumlich vernetztes Kooperationsgeflecht von kontinuierlich arbeitenden Akteuren erforderlich macht.

Thomas Grumke

Stefan Borrmann, Soziale Arbeit mit rechten Jugendcliquen, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, 296 Seiten, 34,90 Euro

Meldungen

Braune Pazifisten

Dortmund – Neonazis planen auch in diesem Jahr eine Demonstration zum Antikriegstag Anfang September. Vorgesehen ist derzeit eine bundesweit zentrale Veranstaltung am 2. September in Dortmund. „Gegen imperialistische Kriegstreiberei und Aggressionskriege – Für freie Völker in einer freien Welt“ ist wie im vorigen Jahr das Motto. 2005 waren unter dieser Überschrift bei zwei Aufmärschen rund 400 Neonazis auf die Straße gegangen: in Dortmund rund 250 und in Berlin knapp 150. Der aktuelle Aufruf ist fast identisch mit dem des vorigen Jahres. Seinerzeit richtete er sich gegen den Irakkrieg. Diesmal wurde er um einen Passus ergänzt, der sich mit dem Iran solidarisiert. Wie den Einträgen von Neonazis in Internetforen zu entnehmen ist, hatte die Demonstration zum Antikriegstag in diesem Jahr eigentlich in einer zentral gelegenen Stadt in „Mitteldeutschland“ stattfinden sollen, ehe sie dann aber nach Dortmund verlegt wurde. (ts)

Streit ums Geld

25 Prozent der Wahlkampfkostenerstattung von 1,1 Millionen Euro, die laut einem Beschluss des Parteivorstands eigentlich den Landesverbänden zugesagt worden seien, reiße er sich nun auch noch unter den Nagel, wird im Internet beim NPD-kritischen „Bremer Forum“ moniert. „Und die Landesverbände und Kreisverbände, die die Hauptlast der Wahlkämpfe tragen, gucken in die Röhre!“ Das Geld, das eigentlich am 1. Juli an die Landesverbände gezahlt werden sollte, werde nun für Wahlkämpfe andernorts benötigt, heißt es dort. Gemeint ist offenbar der Landtagswahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern, wo Mitte September ein neues Parlament gewählt wird und die NPD sich Chancen ausrechnet, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. (ts)

Mörderische Neonazis

Russland (St. Petersburg) – Der mit internationalem Haftbefehl gesuchte russische Hardcore-Neonazi Ruslan Melnik (22) wurde von Mitarbeitern des Inlandsgeheimdienstes FSB in St. Petersburg, einer Hochburg russischer Neonazis, verhaftet. Melnik war Anführer der von der Polizei 2003 zerschlagenen Neonazi-Hooligan-Truppe „Mad Crow“, die brachiale Überfälle auf Ausländer verübte. Bei einem dieser Überfälle in den Jahren 2002 und 2003 wurde ein chinesischer Student erschlagen. Drei Mitglieder von „Mad Crow“ wurden im Dezember 2005 zu Haftstrafen verurteilt. Im Mai dieses Jahres erschoss die Polizei das „Mad Crow“-Gründungsmitglied Dmitry Borovikov. Melnik wird von den russischen Sicherheitsbehörden verdächtigt, in den Mord an dem Petersburger Experten für Rassismus und Rechtsextremismus Nikolai Girenko verwickelt zu sein. Girenko war am 19. Juni 2004 erschossen worden. Melnik pflegte enge Kontakte zu Dmitry Bobrov, Ex-Führer der Neonazi-Gang „Shultz 88“. Bobrov wurde im Dezember 2005 unter anderem wegen Gründung einer extremistischen Organisation zu einer 6-jährigen Haftstrafe verurteilt. An der Zerschlagung von „Shultz 88“ hatte Girenko mit wissenschaftlichen Gutachten führend mitgewirkt. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Stellvertretende SPD-Vorsitzende)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de